



Neue Grundsicherung: Arbeit muss sich wieder lohnen

Die Zahl der Bürgergeldempfänger hat einen neuen Höchststand erreicht. Im Mai bezogen vier Millionen erwerbsfähige Menschen diese Sozialleistung. Seit 2022, seit das Bürgergeld Hartz IV abgelöst hat, bedeutet dies einen Anstieg von 200.000. Damit ist klar: Das Bürgergeld setzt die falschen Anreize. Arbeit lohnt sich nicht mehr. Gleichzeitig sind 702.000 Stellen offen. Diese Fehlentwicklung prangerte die CDU/CSU-Fraktion in einer aktuellen Stunde des Bundestages an. Angesichts der Zahlen sprach die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einem Offenbarungseid der Ampel. Nicht nur habe sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöht, ihre Chancen auf Arbeit seien auch gesunken.

Die Union wirbt stattdessen für das Konzept einer Neuen Grundsicherung, die den Schwerpunkt auf die Vermittlung von Menschen in Arbeit legt. Sozialhilfe sei für diejenigen Menschen da, die wegen einer Erkrankung oder eines Schicksalsschlages nicht arbeiten könnten und der Hilfe des Staates bedürften, betonte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Diejenigen aber, die selbst arbeiten könnten, dürften nicht erwarten, dass andere für sie zahlten.

Die Unionsfraktion machte darauf aufmerksam, wie ungerecht die Bürgerinnen und Bürger es fänden, dass Leute, die arbeiten könnten, dies nicht tun und trotzdem über die Runden kämen.

De facto gebe es eine Art Wahlrecht, ob man mit seiner Arbeit den Sozialstaat finanzieren oder ob man lieber Bürgergeld kassieren wolle. Das Bürgergeld sei „so ausgestaltet, dass es zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“ geworden sei. Das Bürgergeld hat ein Fairnessproblem. Hilfe in der Not ist richtig, doch im Bürgergeld stecke zu viel bedingungsloses Grundeinkommen. Wir wollen nicht den alimentierenden Staat, sondern den aktivierenden Staat, betonte die Union in der Bundestagsdebatte. Arbeit und Mehrarbeit muss sich wieder lohnen. Carsten Linnemann MdB kritisierte, dass mit der Reform 2022 das Prinzip des Förderns und Forderns ausgehebelt worden sei. Auch gebe es keine Sanktionen für Totalverweigerer, obwohl Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dies groß angekündigt habe. Auch sein Job-Turbo, der Geflüchtete schnell in Arbeit bringen sollte, sei ein Flopp. So habe im Gebäudereinigerhandwerk, in dem fast 100.000 Stellen unbesetzt seien, keine einzige Person in Arbeit vermittelt werden können. Linnemann erinnerte daran, dass auch im Hotelgewerbe, in der Gastronomie und im Einzelhandel Hunderttausende Fachkräfte fehlen.

Wer arbeiten kann, sollte einer Arbeit nachgehen. Nur so kann ein Sozialstaat funktionieren. Deswegen muss eine angebotene Arbeitsstelle von Bürgergeldbeziehern angenommen werden, wenn es sich um zumutbare Arbeiten handelt, die den Fähigkeiten der jeweiligen Menschen im Leistungsbezug entsprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die Wählerinnen und Wähler haben der Ampel am vergangenen Sonntag eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland wollen. Der Bundeskanzler muss jetzt Konsequenzen ziehen und seine Ampel muss vom Reden und Streiten ins Handeln kommen. Diese Koalition hat seit geraumer Zeit zu keinem Politikbereich die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung.

Deutschland verliert unter der Ampel auch an Einfluss in der Europäischen Union. Die Bundesregierung enthält sich, wegen interner Uneinigkeit der Koalitionäre, bei Abstimmungen in Brüsseler Ministerräten zunehmend. Dieses Verhalten wird bereits innerhalb der EU mit dem Schlagwort „german vote“ gebrandmarkt. Das muss sich dringend ändern.

Erschreckend ist, dass die AfD von der desaströsen Politik der Ampel profitieren konnte. Und dass trotz Korruptions- und Spionageskandalen. Gerade das Wahlergebnis in den neuen Ländern ist beunruhigend. Wenn man sich die unmittelbaren Wählerwanderungen ansieht, kann man feststellen, dass viele SPD-Wähler sogar direkt zur AfD wechseln. Die Kommunalwahlen in Thüringen haben allerdings gezeigt, dass es auch anders geht, wenn man ein gutes Politikangebot macht und die entscheidenden Themen angeht. So gelangen der CDU dort klare Wahlerfolge gegen die AfD, indem wir alle Stichwahlen bei Bürgermeistern und Landräten gewonnen haben. Die Union ist jetzt in allen Städten und Landkreisen in Thüringen die führende Kraft.

Deswegen wird die Union in Brüssel und Straßburg die Themen in den Vordergrund rücken, die sie im Wahlkampf zu Recht gesetzt hat: Freiheit, Sicherheit der Bürger, Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität und Schutz der EU-Außengrenzen sowie Kampf gegen irreguläre Migration und für Erhalt unseres Wohlstands. Das sind im Übrigen auch die Themen der gesamten EVP, die sie gemeinsam mit Ursula von der Leyen anpacken wird.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Lieferkettengesetz jetzt aussetzen

Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Mit dem Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geben wir ihm die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen.

Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Im Sommer 2024 hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus (u.a. erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung, andere Unternehmensgrößen).

Es hat keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Bundesminister Habeck hat erfreulicherweise unsere Forderung aufgegriffen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Das wäre ein einfacher und dringend erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie und lässt sich mit unserem Gesetzesentwurf schnell umsetzen. Die Doppelbelastung deutscher Unternehmen muss vermieden werden. Es braucht jetzt sofort ein Belastungsmoratorium, damit die deutsche Wirtschaft aus der Krise findet.

Der Staat muss die Kontrolle zurückgewinnen

Der Tod des jungen Polizisten, der in Mannheim einem islamistischen Attentat zum Opfer fiel, hat deutschlandweit Entsetzen ausgelöst. Die CDU/CSU-Fraktion sieht in dem Anschlag ein Zeichen, dass der Staat zunehmend die Kontrolle über Migration und Integration verliert. Sie fordert die Regierung auf zu handeln. Die Union sagt: Der Staat muss endlich wieder entscheiden, wer einreisen und wer bleiben darf. Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder müssen abgeschoben werden – notfalls per Ausreisearrest.

Auf dem Marktplatz von Mannheim stach am 31. Mai ein Afghane aus islamistischen Motiven mit einem Messer auf mehrere Menschen ein und verletzte sie, teils schwer. Einer der Polizisten, die zur Hilfe herbeieilten, wurde ebenfalls schwer verwundet und erlag später seinen Verletzungen. Der Attentäter war vor rund zehn Jahren als minderjähriger Asylbewerber nach Deutschland eingereist. Obwohl sein Asylantrag abgelehnt worden war, wurde er nicht abgeschoben. In den sozialen Netzwerken wird der Täter von Islamisten für das barbarische Attentat gefeiert.

In Deutschland verschärfen sich die Probleme rund um das Thema Migration und Integration. In Hamburg demonstrierten im Mai Islamisten für die Einführung des Kalifats. Die jüngste polizeiliche Kriminalstatistik weist eine erhebliche Zunahme nicht deutscher Tatverdächtiger aus. Bei Gewalt- und Sexualverbrechen ist der Anteil von ausländischen Tätern deutlich höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Und die Zahl antisemitischer Straftaten, die von Islamisten und anderen religiösen Extremisten begangen wurden, stieg 2023 um fast 1.300 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag für den Bundestag klare Konsequenzen aus dem Attentat, vor allem die Ausweisung von Ausreisepflichtigen. Denn jedes Land ist berechtigt, selbst zu bestimmen, wer sich auf seinem Staatsgebiet aufhält.

Gefährder und Straftäter sollen auch dann abgeschoben werden, wenn sie aus Ländern wie Afghanistan oder Syrien stammen. Kein Verständnis hat die Union dafür, dass die Bundesregierung diese Möglichkeit seit über einem Jahr prüft, aber nicht zur Tat schreitet.

Darüber hinaus verlangt die CDU/CSU die Einführung eines Ausreisearrests für ausreisepflichtige ausländische Straftäter und Gefährder. Dort müssten diese so lange bleiben, bis sie freiwillig die Rückreise in ihre Heimatländer antreten. Die Union setzt sich außerdem dafür ein, dass jeder ausländische Straftäter, der von einem Gericht für bestimmte schwere Delikte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird, automatisch ausgewiesen wird.

Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2024,
14. Juni 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck